

# Die Urteile der Internationalen Gerichtshöfe zeigen Wirkung: Die spanische Regierung verweigert Waffentransportern in den Staat Israel den Zwischenstopp in Häfen des Landes

PaKo, 31.05.24

Nach dem Bericht von *The New Arab* vom 16. Mai 2024 entschied das spanische Außenministeriums, dem Schiff *Marianne Danica*, das am 21. Mai 2024 in Cartagena anlegen sollte, den Zwischenstopp zu verweigern. *The New Arab* zitiert den spanischen Außenminister José Manuel Albares und schreibt:

„Wir wurden von Aktivist:innen informiert, dass das Frachtschiff *Borkum* heute – Mittwoch, 15.5.2024 – in Cartagena angelegt wird, beladen mit Waffenlieferungen für Israel. Nach den Identifizierungscodes der einzelnen Container, die in den von der Kampagne zur Beendigung des Waffenhandels mit Israel erhaltenen Unterlagen angegeben sind, enthält dieses Schiff: 20 Tonnen Raketentriebwerke, 12,5 Tonnen Raketen mit Sprengladungen, 1.500 kg explosive Stoffe und 740 kg Ladungen, Treibladungen für Kanonen.

*European Legal Support Center*

„Dies ist das erste Mal, dass wir dies tun, denn es ist das erste Mal, dass wir ein Schiff mit einer Waffenlieferung für den Staat Israel entdecken, das einen spanischen Hafen anlaufen will“, sagte er (der spanische Außenminister José Manuel Albares – Ergänzung PaKo) vor Reportern in Brüssel.

„Dies wird eine konsequente Politik gegenüber allen Schiffen sein, die Waffen nach Israel transportieren und spanische Häfen anlaufen wollen. Das Außenministerium wird solche Zwischenstopps aus einem offensichtlichen Grund systematisch ablehnen. Der Nahe Osten braucht nicht mehr Waffen, er braucht mehr Frieden“, fügte er hinzu...

Laut der Zeitung *El Pais* transportiert das unter dänischer Flagge fahrende Schiff 27 Tonnen Sprengstoff von Madras in Indien zum Hafen von Haifa in Israel...“ 1

In Spanien stoßen Waffentransporte und aktuell diejenigen, die offensichtlich für den israelischen Krieg in Gaza bestimmt sind, schon länger auf Widerstand. Bereits im November 2023 hatte sich die Hafentarbeitergewerkschaft *OEPB (Organizació d'Estibadors Portuaris de Barcelona)* geweigert, Schiffe mit Waffenladungen für den Staat Israel zu be- und entladen. Die Hafentarbeiterorganisation

begründete den Schritt mit den Verstößen gegen die Menschenrechte, die in Gaza und in anderen Kriegen verletzt werden.

Siehe dazu <https://www.newarab.com/news/barcelona-dockers-refuse-handle-weapons-israel>

Bevor das spanische Außenministerium dem dänischen Waffentransporter den Zwischenstopp verweigerte, gab es bereits eine Diskussion in der spanischen Koalitionsregierung um den Waffentransporter Borkum, der einer deutschen Firma gehört, obwohl er unter der Flagge von Barbuda und Antigua fährt. Unter anderem hatte sich das *European Legal Support Center (ELSC)* an die spanische Regierung gewandt. In dem Schreiben begründet das *ELSC* seinen Appell, dem Schiff den Service in einem spanischen Hafen zu verweigern damit, dass der Internationale Gerichtshof am 26. Januar 2024 entschieden hatte, die Klage Südafrikas gegen den Staat Israel wegen Genozid anzunehmen und weiter zu verfolgen. Im Brief des *ELSC* heißt es unter anderem:

„Wir wurden von Aktivist:innen informiert, dass das Frachtschiff „Borkum“ heute – Mittwoch, 15.5.2024 – in Cartagena angelegt wird, beladen mit Waffenlieferungen für Israel. Ziel des Frachtschiffes ist der Hafen in Ashdod in Israel – eine Stadt nur 25 km entfernt von Gaza, wo die Weltgemeinschaft seit 7 Monaten einen Genozid und schwerste Kriegsverbrechen gegen die Palästinenser:innen beobachten muss. Es ist an uns alle, und nun ganz besonders an der Spanischen Regierung, hiergegen aktiv etwas zu unternehmen!

Heute erwartet der Hafen von Cartagena die Ankunft des Frachtschiffes Borkum. Nach den Identifizierungs-codes der einzelnen Container, die in den von der Kampagne zur Beendigung des Waffenhandels mit Israel erhaltenen Unterlagen angegeben sind, enthält dieses Schiff: 20 Tonnen Raketentriebwerke (UN-Codeklasse 1.3C 186), 12,5 Tonnen Raketen mit Sprengladungen (Code 181), 1.500 kg explosive Stoffe (477) und 740 kg Ladungen, Treibladungen für Kanonen (242).

Als Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte weisen wir Sie darauf hin, dass wir nicht nur unserem Gewissen unterworfen sind, sondern auch dem Gesetz. Das *Arms Trade Treaty* ist klar in der Verantwortung, die Sie als Vertragsunterzeichnerin trifft:

Der Vertrag über den Waffenhandel legt in seinem Artikel 6 klar fest, dass: „Ein Vertragsstaat darf einen Transfer von konventionellen Waffen, die unter Artikel 2 Absatz 1 fallen, oder von Gegenständen, die unter Artikel 3 oder Artikel 4 fallen, nicht genehmigen, wenn er zum Zeitpunkt der Genehmigung Kenntnis davon hat, dass die Waffen oder Gegenstände zur Begehung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, schweren Verstößen gegen die Genfer Abkommen von 1949, Angriffen auf zivile Objekte oder Zivilpersonen, die als solche geschützt sind, oder anderen Kriegsverbrechen im Sinne internationaler Übereinkünfte, bei denen er Vertragspartei ist, verwendet werden würden.“

In demselben Vertrag (Artikel 2) heißt es, **dass die Weitergabe von Waffen die Ausfuhr, die Einfuhr, die Durchfuhr, die Umladung und die Vermittlung von Waffen umfasst.** Die Genehmigung für ein mit Waffen beladenes Schiff, das für Israel bestimmt ist, bedeutet, dass die Durchfuhr von Waffen in ein Land erlaubt wird, gegen das derzeit wegen Völkermordes am palästinensischen Volk ermittelt wird und das für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist. Bis

heute wurden schätzungsweise über 35.000 Menschen, darunter mehr als 15.000 Kinder, getötet. Der Hafen von Aschdod ist kaum 30 km vom Gazastreifen entfernt, und das an dem Transfer beteiligte Unternehmen ist den Unterlagen zufolge IMI Systems, das zu Elbit Systems gehört, Israels größtem Waffenkonzern, der eine sehr enge und äußerst strategische Beziehung zu den israelischen Streitkräften unterhält. In den Unterlagen heißt es, dass „unter keinen Umständen“ der Name IMI Systems und Israel im Internet auftauchen dürfe.“ 2

Nach Bekanntwerden der Entscheidung der spanischen Regierung, der Marianne Danica den Zwischenstopp zu verweigern, verzichtete der Schiffeigner der *Borkum* darauf, Cartagena anzulaufen und stoppte außerhalb in den Gewässern von Cape Tiñoso. Die spanische Regierung beharrt allerdings nach Angaben von *El Pais* darauf, dass als Endhaltepunkt für die *Borkum* die Tschechei angegeben worden sei und nicht der Staat Israel. 3

Auch die weitere Fahrt verlief für die *Borkum* nicht mehr reibungslos. In Slovenien stellten NGOs unangenehme Fragen wegen der Schiffsladung. Die *Borkum* verließ am 25. Mai den Hafen Koper, wo sie trotz Widerständen eine Anlegegenehmigung bekommen hatte.

1. <https://www.newarab.com/news/spain-refuses-ship-carrying-arms-israel-dock-port>
2. <https://elsc.support/news/appeal-to-the-spanish-government>
3. <https://english.elpais.com/international/2024-05-17/a-cargo-ship-accused-of-carrying-weapons-to-israel-refuses-to-stop-in-spain.html#>